

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Parteitags-Sonderdienst

Hannover, 1. Juli 1947

Schumacher über "Deutschland und Europa"

Wir geben hier einen ausführlichen Auszug aus der Rede von Dr. Kurt Schumacher, die er am Sonntag, 29. Juni vor dem Parteitag in Nürnberg zum Thema "Deutschland und Europa" gehalten hat, damit die Redaktion bei sich bietender Gelegenheit auf die wichtigsten der vom ersten Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei getroffenen Feststellungen zurückgreifen kann. Dr. Schumacher führte u. a. aus:

"Verehrte Gäste, Genossen und Genossinnen, die Weltöffentlichkeit hat durch den zweiten Weltkrieg und die Propaganda in den letzten beiden Jahren wohl etwas zu stark unter dem Eindruck gestanden, dass das heilige Deutschland das zusammengebrochene Dritte Reich sei und diese im Prinzip nicht gerechte Einstellung zu den neuen Kräften in Deutschland hat dann auch die Berichterstattung über die Vorgänge in diesem Lande etwas zu stark gefärbt. Man hat vielleicht gemeint, gefährliche geschichtliche Kräfte wieder wach zu rufen, wenn man diesem Deutschland die Gerechtigkeit einer objektiven Berichterstattung zuteil werden liesse. Wir Sozialdemokraten sagen dazu: "Wir stehen ein für alles, was wir gesagt und getan haben in diesen beiden Jahren. Aber wir denken nicht daran, uns die Verantwortung zuschieben zu lassen für Dinge, die wir niemals gesagt und getan haben". Die Deutschen haben sehr viel zu lernen, vielleicht mehr als jedes andere Volk. Aber in einem grossen Punkt sind wir Deutschen an politischer Erfahrung den anderen Ländern voraus. Wir haben in Deutschland die nackte Gewalt triumphieren sehen in Gestalt des Dritten Reiches und wir haben in Deutschland den Erfolg einer rücksichtslosen kommunistischen Katastrophe gesehen. Diese beiden Erkenntnisse haben wir vor den alten grossen Demokratien der Welt voraus. In diesen beiden Fragen sind wir zu unserem Leid und unserem Schmerz sachverständig in des Wortes verwegenster Bedeutung. Man wirft den Deutschen vor, sie seien nicht initiativreich genug und meint achselzuckend, die Deutschen könnten sich untereinander nicht einigen. Ich glaube nicht, dass diese Vorwürfe im letzten Kern berechtigt sind. Man kann billigerweise von einem Volk nicht Initiative erwarten, wenn man die Voraussetzung für die Initiative, eine gebührende Machtposition, diesem Volk nicht gibt. Man kann auch nicht über den Mangel an Einigkeit reden. In Deutschland haben sich die Sachwertbesitzer und diejenigen, die nicht mehr als ihre Arbeitskraft haben, voneinander fortentwickelt, ein Zustand, den man analysieren muss und aus dem man die Konsequenzen zu ziehen hat, ein Zustand aber auch, den man mit der banalen Redensart vom Mangel an Einheit nicht bekleiden soll.

Die Suche nach der Sinngebung des Lebens

Wir stehen heute in Deutschland in Wahrheit mitten in einem Bürgerkrieg, der mit ökonomischen und bürokratischen Mitteln ausgefochten wird. Die Diskussion über Europa ist in Wahrheit die Suche nach einer Sinngebung des Lebens, nachdem wir jetzt eine Periode sinnlosen Vegetierens durchgemacht haben. Dabei müssen wir sagen, dass die Konstituierung eines neuen Europas auf einer neuen Ebene erfolgen muss und dass es unmöglich ist, Deutschland viermal nach den Vorbildern von vier Besatzungsmächten zu gestalten. Genau so wie es notwendig ist, dass Deutschland seinen eigenen gesellschaftlichen sozialen und kulturellen Stil entwickelt, genau so ist es notwendig, dass Europa einen gemeinsamen Kultur- und Gesellschaftstil findet. Diese Tendenzen zur Gemeinsamkeit in Europa sind vorhanden. Das Abendland ist nicht tot, denn Sozialismus und Demokratie leben. Die Politik des Entweder-Oder, die schlagwortmässige Antithese von Ost und West, entspringt weder dem europäischen Können noch dem europäischen Willen. Es zeigt sich jetzt in Deutschland. Wenn wir eine derartige primitive Optionsformel aussprechen würden, dann würde mit Wissen und Willen Deutschland in der Mitte durchschnitten werden. Wir wollen es ruhig aussprechen: der Lebensstil, die Kultur und die Gesellschaftsform dieses Kontinents, das ist der demokratische, die Rechte der freien Persönlichkeit verteidigende Sozialismus.

Wir bekennen uns zum demokratischen Sozialismus als einer der grossen politischen Methoden in der Welt und diese Methode im Weltgeschehen auch zum Einsatz zu bringen, das ist die Verpflichtung aller Europäer, das ist die Verpflichtung aller europäischen Sozialisten. Der Kontinent kann kein autarkes, sich selbst genügendes Europa sein, es kann nur ein zur Zusammenarbeit bereites Europa sein. Nur ein solches wäre ein Fortschritt, nicht die Feindseligkeit, die Versteifung, die Ablehnung all dieser Prinzipien, aus denen heraus Europa gestaltet werden kann, sondern die schöpferische Auseinandersetzung mit den anderen grossen Ideen und Vorbildern. Aber, Genossinnen und Genossen, *primum vivere deinde philosophare* - man muss erst leben, und dann kann man philosophieren.

Der Marshall-Plan

Kurt Schumacher ging dann näher auf den amerikanischen Hilfsplan ein und erklärte dazu unter anderem:

Nun proklamieren die Vereinigten Staaten von Amerika, Europa durch wirtschaftliche Kredite gesund zu machen. Als erstes kam diese kriegerische Antwort vom Dollar-Imperialismus und vom Okkupationsdollar. Diese Art, ein so schwerwichtiges und lebenswichtiges Problem zu beantworten, ist unter allen Umständen falsch und verderblich. Man kann das alles nicht mit einer kriegerischen Aktionsformel tun. Und man hat nicht das Recht, sich in solchen agitatorischen Formulierungen zu gefallen, solange in Europa mehr als hundert Millionen Menschen hungern.

Die Amerikaner haben erkannt, dass man, wenn man die Folgen nicht will, die Bedingungen ändern muss, aus denen solche Folgen entstehen, und die Verantwortung für die Millionen Hungernder schreibt uns vor, diese grosse Initiative nicht zu enttönen. Diese amerikanische Hilfe zwingt die Völker Europas, sich einander anzunähern. Von grosser Bedeutung wird dabei die Annäherung der Franzosen und der Deutschen sein. Kulturell und ökonomisch kann keine dieser beiden

Länder auf die Dauer die Schwächung des anderen Landes ertragen, und das Verhältnis Frankreich-Deutschland ist nach der geschichtlichen Erfahrung der lebendige Gradmesser für das Leben der Ideen der Freiheit und der Menschlichkeit auf diesem Kontinent.

Man hat General Marshall erklärt, dass er nicht die Länder als Einzelobjekte mit orthodoxen und missionarischen Methoden des besondern amerikanischen Kapitalismus finanzieren will. Nach Marshall soll Europa selbst ein Aufbauprogramm unter Zustimmung möglichst vieler Staaten entwerfen. Auf lange Sicht gesehen ist dieser amerikanische Gedanke gut, denn er erzwingt die Aktivierung des gemeinsamen Europäischen. Aber als Hilfsaktion für den Augenblick ist es sehr schwer, erst die europäischen Möglichkeiten auszudiskutieren. Man wird sich da wohl mit der Findung einiger grundlegender Notwendigkeiten begnügen müssen. Die Hilfe für Europa und für Deutschland in diesem Europa ist nur als schnelle Hilfe möglich.

Man darf auch nicht vergessen, dass bei den Pariser Besprechungen in diesen Tagen daneben dem runden Tisch ein leerer Stuhl steht. Deutschland ist bei diesen Besprechungen noch nicht vertreten, und gerade darum ist es vielleicht gut, wenn die deutschen Sozialdemokraten diesen Parteitag benützen, um Europa und der Welt zu sagen: Wir haben keine Veranlassung, zudringlich zu sein. Wir haben keine Veranlassung, unser Schicksal vor das Schicksal anderer Völker zu stellen, aber wir haben nicht nur aus deutschem, sondern auch aus europäischen und weltbürgerlichem Verantwortungsbewusstsein die Verpflichtung, jetzt auf das Chaos in diesem Lande und die Notwendigkeit seiner Behebung hinzuweisen. Dieser Aufgabe soll auch dieser Parteitag dienen. Die von den USA gewollte enorme wirtschaftliche und moralische Lastung für die Welt ist ja auch zu gleicher Zeit ein gutes Stück amerikanischer Sicherungspolitik. Es war General Marshall, der ganz klar gesagt hat:

Neben der demoralisierenden Wirkung auf die ganze Welt und der Möglichkeit von Kriegen, die sich aus der Verzweiflung der Völker ergeben können, sollten die Folgen für die Wirtschaft der Vereinigten Staaten jedem klar sein. Wenn wir Weitsicht zeigen und unser Volk bereit ist, sich der hohen Verantwortung, die die Geschichte ihm auferlegt hat, nicht zu entziehen, dann können und werden wir die Schwierigkeiten überwinden.

Das sagte General Marshall. Er sagte damit, dass hier nicht versucht wird, Europa etwa das ökonomische und gesellschaftliche Vorbild der Vereinigten Staaten aufzuzwingen. Er sagte damit, dass hier nicht versucht wird, ein Stück amerikanische Weltherrschaftspolitik zu treiben, sondern er sagte damit, dass ökonomisch und politisch die beste Sicherung Amerikas für die Zukunft ein gesundes kaufkräftiges, im politischen und wirtschaftlichen lebendiges Europa ist.

Ein Projekt von ungeheuren Ausmassen ist niemals ein Geschäftsprojekt. Ein Projekt von solcher Enormität ist stets ein Stück echter Hilfeleistung und Verantwortung vor der Welt für die Welt. Ganz einfach gesagt: die Amerikaner, diese mächtigste Konzentration von Reichtum und ökonomischen Möglichkeiten haben erkannt, dass die Welt für sie gefährlich ist, wenn sie der einzige Punkt in der Welt sind, der reich ist. Man muss auch andere Stellen in der Welt haben, die ökonomisch jedenfalls genügend Wohlstand produzieren, um in eine wirtschaftliche Kombination mit dem Reichtumsspendeur treten zu können. Eine ungeheure Erleichterung liegt darin, dass die USA dieses Angebot an ganz Europa und an Russland gemacht haben. Es ist eine Illustration zu der dring-

lichen Frage, die wir Sozialdemokraten so stellen: Europa ist mit Russland möglich, Europas ist am besten mit Russland möglich, aber Europa und Deutschland sind nicht russisch möglich.

Es muss die Aktivierung des deutschen Lebenswillens gelingen, sonst vergrößert sich die politische Reservearmee der Enttäuschten, Ungläubigen und Unwissenden. Sie ist das grosse Gefahrenmoment in Europa, wenn nicht aus eigener Kraft, dann dadurch, dass andere Kräfte es auszuspielen versuchen. Für den durchschnittlichen Deutschen aber handelt es sich bei der ökonomischen Hilfeleistung an Europa auch noch um etwas anderes, um die Befähigung einer Idee durch die Tat, um die Bewahrung der grundlegenden der vier Freiheiten der Atlantik-Charta, der Freiheit von der Not.

Der Wirtschaftsrat

Dann kam Dr. Schumacher auf die Schaffung des bizonalen Wirtschaftsrates zu sprechen, den er "die Offenbarung der vor schon seit zwei Jahren verkündeten Tatsache" nannte, dass in Deutschland alle die wirtschaftspolitischen und ernährungspolitischen Fragen mit den Mitteln der Länder, durch die Länder und in den Ländern nicht beantwortet werden können. Die Zuständigkeitsvermutung auf allen Gebieten der Wirtschaft liegt beim Wirtschaftsrat. Er werde so viel Kompetenzen haben, wie er Kräfte habe, sie aufzugreifen und durchzusetzen. Das Exekutivkomitee des Wirtschaftsrates sei keine gesetzgeberische Konkurrenz, wohl habe es die Initiative der Gesetzgebung und die Befugnis zu Durchführungsverordnungen, es sei aber nicht eine Ländervertretung für die Interessen der Länder, sondern eine Vertretung der Länder bei der Bizone zu wirtschaftlichen Zwecken der Bizone. Der Wirtschaftsrat ist keine neue staatsrechtliche Konstruktion. Wir müssten ihm ja an sich seine Kompetenz-Kompetenz dadurch bescheinigen, dass wir ein bizonales ökonomisches Parlament wählen müssten. Aber gerade das können wir nicht und wollen wir nicht. Denn ein originär gewähltes bizonales Parlament würde ja bedeuten, dass alle Kräfte, die sich an der Schaffung eines solchen Zustandes beteiligen, den Dolus hätten, eventuell ein Westdeutschland zu errichten. Nein, werte Genossen und Genossinnen, das Streben der deutschen Sozialdemokratie geht auf Deutschland als eine ökonomische, nationale und staatsrechtliche Einheit.

Die jüngsten Vorgänge in der Ostzone zeigen, dass man dort mit Manipulationen beschäftigt ist, die die Konsequenz eines Westdeutschlands zeitigen können. Nun, die Verantwortung für alle diese Dinge müssen bei den Kräften liegen, die sich dafür ins Zeug legen.

Der letzte Winter hat aber auch die Klarheit darüber geschaffen, dass eine positive Wirtschaftspolitik nicht unter gleichzeitiger Förderung partikularistischer Tendenzen möglich ist. Der Partikularismus als sozial-ökonomische Methode ist doch heute in Deutschland aus dem Willen erwachsen, das Eigentum unter allen Umständen zu verteidigen und möglichst wenig oder gar nicht zu belasten. Man kann heute geradezu ein Gesetz der kommunizierenden Röhren zwischen Partikularismus und Kriegszerstörung ablesen: Je weniger ein Land durch den Krieg zerstört ist, desto partikularistischer ist seine Politik.

Die Anziehungskraft einer wirtschaftlich gesunden Bizone wäre ungeheuer. Aber diese Anziehungskraft wäre der erste Schritt zur Vereinigung aller Zonen. Wenn man sagt, es wäre falsch, die Bizone wirtschaftlich stark zu machen, wenn wir diese Bizone wirtschaftlich stark haben wollen, dann nicht nur mit Rücksicht auf das deutsche Volk in den Westzonen, dann auch, ja in erster Linie, mit Rücksicht auf das deutsche Volk der Ostzone. Denn eine Zonevereinigung ist wirtschaftlich

war denkbar und möglich, wenn der Westen stark genug ist, das ökonomische Vakuum der Ostzone bei einer Wiedervereinigung aufzufüllen.

Währungsreform.

Es ist hier nicht der Ort und die Zeit, um im Detail in Dinge der Währungsreform zu gehen. Das eine aber lasst Euch sagen, Genossen und Genossinnen: Schon einmal ist durch die falsche Handhabung der Währungsreform der Boden für die deutsche Gegenrevolution vorbereitet worden. Das war damals, als man den Sparern alles nahm und den Sachwertbesitzern alles belass. Es ist auch keine Währungsreform möglich, die sich im Technischen erschöpft. Eine Währungsreform ist nur zukunftsfruchtig, und verheißt Erfolg, wenn sie untrennbar mit dem gerechten sozialen Lastenausgleich gekoppelt ist. Die Währungsreform ist ausserdem umso sicherer und heilsamer in ihrer Wirkung, je mehr sie mit dem Anlaufen einer Wirtschaft zusammenfällt, der nicht nur die Deutschen, sondern auch die ausländischen Kräfte einen guten Absprung heraiten.

Arbeitskraft und Strike

Wenn man heute Deutschland betrachtet und wenn man sieht, wie die Klassen auseinanderstreben, wie die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden, dann sieht man auch, dass die vom Produktionsprozess Ausgeschlossenen und die Leute, die nichts weiter zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft, ohnmächtig in dieser Welt der Produzentenherrschaft sind. Das Resultat ist, dass die deutsche Arbeitskraft noch niemals einen so geringen Realwert gehabt hat wie heute.

Unter diesen Gesichtspunkten gewinnen die grossen Strike des letzten Winters und des Frühjahrs ein anderes Gesicht. Wir sind gegen jegliche Politik leichtfertiger Strike. Diese Strike waren aber keine Strike für oder gegen eine politische Instanz in diesem Deutschland, diese Strike waren ein Aufbäumen des Menschen in Deutschland.

Die Zeit nähert sich mit Riesenschritten, wender Zusammenbruch nur noch durch die allgemeine Hilfe auf der ganzen Linie aufgehalten werden kann. Erste Forderung der Sozialdemokratie ist dabei, das menschliche Leben höher zu stellen als alle Sachgüter. Schumacher wandte sich dann gegen die verfehlte Preispolitik der Alliierten, gegen gewisse, allgemein bekannte Widersinnigkeiten ihrer Wirtschaftspolitik und erklärt dazu wörtlich: "Man kann nicht mit dem Minimum an Basis- Industrie ein Maximum an Veredelungs- Industrie erzeugen, sondern man schafft damit den Zustand, dass die Verbrauchsgüter- Industrie zwangweise auf den unerhört niedrigen Stand der Basis- Industrie herabgedrückt wird. Das wäre nur zu vermeiden, wenn man die Kugellager, das Aluminium, den Stahl, die Rohstoffe und die schweren Werkzeugmaschinen importieren könnte. Da möchte ich doch fragen: Was sollen wir heute alles importieren? Mit welchen Mitteln des Exportes, mit welcher Währung sollen wir es bezahlen?"

Die wahre Reparationsleistung

Dr. Schumacher sprach dann von der Notwendigkeit von Reparaturen und Reparaturen und über den Zusammenhang von Exporten und Reparationen und erklärte: "Gegenüber allen Berechnungen, wie wenig Deutschland an Reparationen geleistet hat, möchte ich den Satz aufstellen: Wieviel

Parteitag - Sonderdienst Nr. 3

1.7.47

hat Deutschland an Reparationen mehr geleistet als zur rechnungsmässig an Forderungen bereits zugemutet worden ist. Man muss nämlich nicht nur das berechnen, was wirklich geleistet worden ist, und man muss das auch nach seinem richtigen Wert und nicht nach einer willkürlichen Buchungsmethode berechnen. Ich sage schon, die Patente, die Produktionsverfahren, die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse sind der ganzen Welt für friedliche Verwendung zur Verfügung gestellt worden. Sie sind echte Reparationsleistungen, denn sie bedeuten für die deutsche industrielle Entwicklung einen Rückschritt der Jahrzehnte.

Dazu kommt das, was man den dreizehn Millionen Vertriebenen fortgenommen hat. Diese bequeme Plünderungsbeute kann nun wirklich nicht individuelle Beute einzelner von Glück begünstigter Hütter der Beute sein, sondern das ist ein echtes Stück Reparationsleistung. Dazu tritt der Verlust an deutschen Gebieten. Um nicht missverstanden zu werden, - meine Herren von der Weltpresse! - wenn wir Sozialdemokraten von deutschem Gebiet sprechen, dann meinen wir nur immer das Gebiet der Weimarer Republik. Aber wenn man von diesem Gebiet der Weimarer Republik, wie es den Anschein hat, Meile schon als endgültig von Deutschland weggenommen betrachtet, dann soll man uns den vollen Wert dieser Gebiete auch auf die Reparationsansprüche anrechnen.

Wenn die Kommunisten uns grossmütig sagen: Ihr braucht bei Verlust dieses Gebietes nicht zu verzweifeln, sondern habt ja noch immer Exportmöglichkeiten, dann möchte ich die Kommunisten fragen: Wohin, gegen welche Rohstoffe und gegen welche Devisen exportieren? Einen Export ohne Gegenleistungen kennen wir im Osten. Er heisst dort Reparation. Wir müssen aber von der Notwendigkeit befreit werden, auch noch diesen zusätzlichen Lebensmittelbedarf importieren und durch Exporte bezahlen zu müssen. Schliesslich sind die Polen in den Gebieten östlich der Oder und Weisse nicht volklich und ökonomisch nicht in der Lage, diesen Raum voll auszufüllen, und wenn wir die Gründe für das Absinken der Ernteergebnisse in Mitteleuropa einmal untersuchen, dann ist dieses einer der massgebenden Gründe.

Grenzen der Verantwortung

Wir dürfen auch heute nicht verschweigen, dass einige Härten des letzten Winters hätten gemildert werden können, wenn die Bürokratie der englischen Besatzungsmacht etwas beweglicher gewesen wäre. Ich denke an die Angebote aus Nachbarländern, aus Holland, aus Belgien und Skandinavien, Gemüse und Fette gegen bereits vorliegende Fertigwaren oder gegen Ruhrkohle zu liefern. Diese Angebote sind von der Wirtschaftsbürokratie immer abgelehnt worden und wenn sie nicht abgelehnt wurden, durch einen unerträglichen Umrechnungskurs von Mark und Dollar unmöglich gemacht worden. So erreichte man die europäische Anarchie, aber nicht die europäische Gesundheit. Man muss schon das Stadium der Interessentenpolitik zugunsten einer höheren Einsicht überwinden.

In dieser Situation ist bei klarer Erkenntnis dessen, was kommen musste, am 26. September 1946 von der Sozialdemokratischen Partei die Kölner Resolution gefasst worden. Sie ist die Proklamierung des Grundsatzes, dass es keine Überanstrengung des guten deutschen Willens ins Uferlose geben kann. Die Alternativmassnahme, von der die Sozialdemokratie dort spricht, ist die zentrale Zurückziehung aller Minister aus allen Landesregierungen, wodurch die Möglichkeit der länderindividuellen Zurückziehung nicht berührt würde. Wir haben nach genauer Prüfung die letzte Konsequenz aus der Kölner Resolution negiert.

negiert. Wenn wir in Deutschland in Sachen der Demokratie abstinant geworden wären, dann wäre wahrscheinlich ein Wettlauf der Parteien in Sachen des Nationalismus entstanden, und dann wäre wahrscheinlich die Demokratie in Deutschland tot. Aber ein nichtdemokratisches Deutschland bedeutet die tödliche Gefährdung der Demokratie in den anderen europäischen Ländern. Hier stehen wir auf Vorposten. Nun, das Volk hat uns sehr gut verstanden. Denn nach diesem Krisenwinter haben wir bei den Wahlen in der britischen Zone einen Erfolg errungen, der mehr als ein Erfolg ist.

Wer heute aber den inneren Mechanismus der europäischen Politik erkennen will, der vergleiche nur die Parteienkonferenz in Zürich mit der Gewerkschaftskonferenz in Prag. In Prag sind die deutschen Gewerkschaften mit den Stimmen derselben Länder zum Beitritt aufgefordert worden, die sich in Zürich gegen die Aufnahme der deutschen Sozialdemokratie ausgesprochen haben. Hier zeigt sich die Gefahr, in der sich die deutschen Gewerkschaften befinden.

Programm ohne Dogmatik.

Der ganze Prozess der Demokratisierung der Wirtschaft und der Sozialisierung ist keine fanatische Hingabe an Abstraktionen und Ideologien. Es geht um das ganz konkrete, persönliche menschliche Leben. Es geht auch nicht um Verstaatlichung im Sinne von Fiskalisierung, sondern um zwei getrennte Komplexe: Um Eigentum und um Mitbestimmung.

Es sind vor allem politische Notwendigkeiten, die uns zu dieser Haltung treiben. Wir stehen vor der einmaligen Chance, die Oligantüberreste der grosskapitalistischen Kräfte in Westdeutschland zu entmachten. Man muss zu dieser Klasse ja oder nein sagen, und wir sagen nein, weil wir zum Sozialismus, zum Frieden und zur Demokratie ja sagen.

Wir demokratischen Sozialisten wollen die zentrale Planung der Wirtschaft. Aber wir wollen nicht die detaillierte, zentralistische Planwirtschaft und es gibt keine grössere Unredlichkeit als den Versuch der Besitzbürger, die Kriegswirtschaft und die bürokratische Bewirtschaftung des Mangels mit dem Sozialismus zu identifizieren. Inmitten der vom Verhungern bedrängten Schichten des Volkes müssen wir Sozialdemokraten jetzt unseren Blick auf eine Schicht lenken, von der viel zu lange geschwiegen worden ist, auf die Riesenarmee der deutschen Kriegsbeschädigten. Es ist schon soweit, dass man nicht genug Material für die Beschaffung von Ersatzgliedern für amputierte Kriegsbeschädigte hat. Mit diesem Verfahren gegen die Menschlichkeit können wir uns nicht belasten. Wir müssen immer an der Seite der Kreise kämpfen, die im grossen Lebenskampf die elendesten und schlechtesten sind. Die deutschen Kriegsbeschädigten sind im Produktionsprozess nützlich und wertvoll. Sie werden von uns aufgefordert, produktive Arbeit zu leisten und sie können sie leisten.

Die Parteien.

Von der Bürokratie stellte Dr. Schumacher fest, dass sie in keinem Fall heute noch in einem erträglichen Verhältnis zum Ergebnis des wirtschaftlichen Produktionsprozesses stehe.

Dann folgte eine Auseinandersetzung mit den Kommunisten, in der sich u. a. der Satz fand: "Die Kommunisten haben ihren Auftraggebern seit dreissig Jahren erklärt, sie seien stark genug, die Erringung der proletarischen Diktatur in Deutschland durchzusetzen."

Dass man den deutschen Kommunisten diesen aufgelegten Schwindel geglaubt hat, war ein entscheidender Fehler. Schumacher ging dann näher auf die politischen Methoden der Kommunisten ein und erklärte dazu u.a.: "Die Mittel sind die gleichen wie in jedem Diktaturstaat. Man spekuliert auf die Angst der Massen vor der Gewalt. Aber diese Taktik des Führungsanspruches, des Monopols auf die Fragestellung der dauernden Beunruhigung, der Beschuldigungen, der Beschimpfungen, die dem Gegner immer am Hals hockens und an den Nerven zerrens - diese Taktik kann nur Erfolg haben, wenn die Objekte dieser Taktik meinen, dass sich hier ein unabweisbares Schicksal abzeichnet. Wir Sozialdemokraten meinen, wir sollen uns auf ein solches, taktisches System gar nicht einlassen. Wir sind nicht gewillt, die Rolle des hypnotisierten Kaninchens in der Politik zu spielen. Wir halten die Angreifer für sehr laut, aber ohne eigene, innere Kraft. Die Hypothek, die auf der kommunistischen Politik lastet, sind zu gross, als dass sie durch Propaganda abgetragen werden könnten."

Deutsche Repräsentation.

Sicher braucht Deutschland eine verantwortliche Führung. Sie kann nur aus dem Willen der Parteien, aus den Wahlen zu einem Parlament für ganz Deutschland entstehen. Auch wir halten eine nationale Repräsentation für notwendig. Aber wir halten sie erst dann für möglich, wenn die politischen Rechte in allen Zonen gleich sind und auch erst dann, wenn die nationale Einigung auf der ökonomischen aufbaut. Wir müssen darauf hinweisen, dass die SED nicht die einzige Partei in Deutschland ist, die vom Verbot und der Unterdrückung der Sozialdemokratie in der Ostzone profitiert. Es ist weder klug, noch loyal, noch geschmackvoll, wenn von Berlin die These verbreitet wird, die CDU sei die stärkste Partei in Deutschland und dabei zum Beweis auch die Zahlen bei den Landtagswahlen in der Ostzone mit angeführt werden, denselben Wahlen, bei denen die sozialdemokratische Partei verboten war, in ihren eigenen Hochburgen, wo sie am stärksten war.

Dr. Schumacher kam dann auf die Krisenerscheinungen in der CDU und KPD zu sprechen und erklärte zur Situation in der eigenen Partei: "Auch die Sozialdemokratie wird als letzte der grossen Parteien in eine solche Parteikrise hineingetrieben, und wir meinen, sie soll da auch hinein. Denn wir meinen, Krise ist nicht nur eine Frage der Schwäche, Krise ist vor allem auch Chance der Stärkung. Unsere Stärke soll darin liegen, dass wir alle neuen Kräfte der Zeit, alle starken, zukunftsreichen Kräfte mit uns verbinden. Die Kommunisten sind das umgeschriebene Stück Totalitarismus und Antidemokratie. Der Kapitalismus benutzt die Demokratie nur als Tarnkappe und will sie letzten Endes aus der Welt haben. Auf Gott sei und Verderber nur die Politik der sozialdemokratischen Partei mit der Demokratie verbunden. Keine Partei hat die Möglichkeit, immer fehlerfrei zu handeln. Aber die geistigen Grundlagen und die Aktionsrichtung der Sozialdemokratischen Partei sind richtig und können nicht anders sein, als sie heute sind. Wir haben ein festes Vertrauen auf die Mehrheit des Volkes, aber wir sagen auch der Welt, dass sie gleichfalls zur Internationalität des politischen Willens der deutschen Sozialdemokratie haben kann."

Die Deutschen sind heute das letzte Glied in einer langen Kette und solange irgendwo in der Welt ein Mensch noch besudelt und getreten wird und nicht seine Freiheit hat, solange wird auch Deutschland nicht frei sein. Deswegen wollen wir Hand in Hand mit allen progressiven und friedensliebenden Elementen der Welt kämpfen, für die Demokratie, für den Sozialismus und für den Frieden.